

Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel



Europabericht 11/2006  
vom 09.06.2006

**EUROPABERICHT Nr.: 11/2006**Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Geschäftsbereich      Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament**EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG AM 31. MAI UND 1. JUNI 2006 IN BRÜSSEL**

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Miniplenums gehören im Bereich der Außenbeziehungen die Annahme von zwei Berichten zu neuen Impulsen für die transatlantischen Beziehungen EU-USA und die EntschlieÙung zur Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Hamas und zur Unterstützung der humanitären Hilfe für die Palästinenser. Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion wurde die uneingeschränkte Einhaltung der Kriterien bei der künftigen Erweiterung der Eurozone gefordert. Zum Auftakt einer Serie von Debatten mit den Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas fand eine Diskussion mit dem belgischen Ministerpräsident Guy Verhofstadt zum Thema „Europa am Scheideweg“ statt.

Im gesetzgeberischen Bereich wurde in 2. Lesung nach vorheriger Einigung mit dem Rat ein Verordnungspaket zu Kinderarzneimitteln angenommen sowie Stellungnahmen zu einem Rahmenbeschlusses des Rates zur Anerkennung und Vollstreckung von Berufsverboten wegen Sexualstraftaten gegen Kinder und zu einer Entscheidung zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 abgegeben (siehe auch die Beiträge der Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing\\_page/8622-152-06-22-20060530BRI08570-01-06-2006-2006/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/8622-152-06-22-20060530BRI08570-01-06-2006-2006/default_de.htm)

**ZUKUNFT EUROPAS: SONDERTREFFEN DER EU-AUSSENMINISTER AM 27./28. MAI 2006 IN KLOSTERNEUBURG**

Die österreichische Außenministerin und amtierende Ratsvorsitzende Ursula Plassnik bezeichnete in einer Aussprache im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP am 30.05.2006 als wichtigstes Ergebnis des Sondertreffens mit Kommissionspräsident Barroso und dem Hohen Repräsentanten der EU Solana die Tatsache, dass nach einem Jahr der Schreckensstarre nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden erstmals wieder eine offene Diskussion zur Zukunft Europas und zum Verfassungsprozess möglich war. In Klosterneuburg sei eine Verdichtung der Reflexionsphase vereinbart worden. Der Fokus liege nun auf einem Europa der konkreten Arbeit und der klaren Resultate. Bis **2009** müsse Klarheit über die Rechtsgrundlage der EU geschaffen werden. Das Sondertreffen diene als Vorbereitung für den Europäischen Rat am 15./16. Juni 2006.

[http://www.eu2006.at/de/News/Press\\_Releases/May/3105PlassnikKlosterneuburg.html](http://www.eu2006.at/de/News/Press_Releases/May/3105PlassnikKlosterneuburg.html)

### **EU-AUßENPOLITIK: STRATEGIEPAPIER DER KOMMISSION**

Die Europäische Kommission hat am 08.06.2006 ein Strategiepapier „Europa in der Welt: Praktische Vorschläge für mehr Kohärenz, Effizienz und Sichtbarkeit“ zur Stärkung der EU-Außenpolitik im bestehenden Vertragskontext vorgelegt, das auf dem Europäischen Rat am 15./16. Juni behandelt werden soll.

[http://ec.europa.eu/comm/external\\_relations/1019acte\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/comm/external_relations/1019acte_de.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

### **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 01./02.06.2006: INNENPOLITIK**

Der innenpolitische Teil der Tagung am 02.06.2006, an dem Innenminister Günther Beckstein als Ländervertreter teilnahm, brachte folgende Ergebnisse:

1. SIS II: Position für Verhandlungen mit Parlament vereinbart
2. Schlussfolgerungen zur Zukunft von EUROPOL
3. Prioritäten für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität:
4. Schlussfolgerungen zu besseren Reaktionen auf Notfälle und Krisen
5. Mehr Informationsaustausch in der Asyl- und Einwanderungspolitik

### **EUGH KIPPT ABKOMMEN EU - USA ÜBER FLUGGASTDATEN**

Der Europäische Gerichtshof hat einer Klage des Europäischen Parlaments stattgegeben. Sie richtete sich gegen die Zustimmung des Rats zum Abkommen der EU mit den USA zur Übermittlung von Flugpassagierdaten und gegen eine Entscheidung der Kommission, die einen angemessenen Datenschutz in den USA feststellt. Beide Maßnahmen können nach dem Urteil nicht auf den Binnenmarktartikel 95 EG-Vertrag gestützt werden. Vizepräsident Frattini kündigte einen Vorschlag an, mit dem das unveränderte Abkommen auf einer Rechtsgrundlage der dritten Säule erneut geschlossen werden soll (Az: C-317/04).

<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

## **FRATTINI: MAßNAHMEN GEGEN ZUWANDERERSTROM NACH SPANIEN**

Vizepräsident Frattini hat Maßnahmen der EU angekündigt, um Spanien angesichts der Ankunft tausender Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln zu helfen. Dazu gehört die Änderung des geltenden Europäischen Flüchtlingsfonds. Zudem wird die Europäische Grenzschutzagentur die von bisher 9 Mitgliedstaaten angebotene Hilfe für Spanien koordinieren und eigene Experten entsenden. Auch Malta soll Unterstützung erhalten. Bundesinnenminister Schäuble erklärte, Deutschland werde 12 Beamte entsenden. Innenminister Beckstein kritisierte, dass Spanien durch Legalisierungen und sein Zuwanderungsrecht Anreize für illegale Zuwanderung schaffe.

## **KOMMISSION SCHLÄGT GEMEINSAME VISAANTRAGSTELLEN ZUR ERFASSUNG BIOMETRISCHER DATEN VOR**

Die Europäische Kommission hat eine Verordnung zur Änderung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion vorgeschlagen, die die Erfassung biometrischer Merkmale von Visaantragstellern und die Einrichtung gemeinsamer Visaantragstellen von Mitgliedstaaten ermöglicht. Der Vorschlag steht in Zusammenhang mit der Einführung des Visainformationssystems.

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0269de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0269de01.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

## **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 01./02.06.2006: JUSTIZ- UND RECHTSPOLITIK**

- 1. Verfahren für geringfügige Forderungen:** Allgemeine Ausrichtung
- 2. Europäische Beweisordnung:** Politische Einigung
- 3. Europäische Vollstreckungsanordnung:** Grundsatzdebatte zu Einzelfragen
- 4. Verfahrensrechte in Strafverfahren:** Fortsetzung der Beratungen
- 5. A-Punkte:** EG-Zustellungsverordnung und Rom II-Verordnung

## **WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT AM 29./30.05.2006: ORIENTIERUNGSAUSSPRACHE ZUR VERBRAUCHERKREDITRICHTLINIE**

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit führte am 29.05.2006 eine Orientierungsaussprache zur Frage des mit dem geänderten Vorschlag für eine Verbraucherkreditrichtlinie angestrebten Harmonisierungsniveaus. Eine breite Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte dabei den von der Kommission vorgeschlagenen Ansatz der Vollharmonisierung (keine weitergehenden Bestimmungen der Mitgliedstaaten in den durch die Richtlinie geregelten Bereichen möglich), äußerte sich aber ablehnend gegenüber dem ergänzend vorgesehenen Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.

### **KOMMISSION SCHLÄGT REVISION DER OLAF-VERORDNUNG VOR**

Die Europäische Kommission hat am 24.05.2006 einen Änderungsvorschlag zur Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) vorgelegt (KOM(2006) 244). Der neue Vorschlag lässt die derzeitige Struktur des OLAF als Dienststelle der Kommission, die ihre Untersuchungen in voller Unabhängigkeit durchführt, unverändert. Er zielt jedoch darauf ab, die Effizienz der Untersuchungstätigkeit des Amtes zu steigern, seine politische Steuerung zu verbessern und zugleich eine bessere Einhaltung der Verfahrensgarantien sowie bessere Informationen über die Untersuchungen zu gewährleisten.

### **KOMMISSION LEITET KONSULTATION ZUR TIMESHARING-RICHTLINIE EIN**

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Timesharing-Richtlinie 94/47/EG eingeleitet, in deren Rahmen eine Reihe von Rechtsproblemen im Zusammenhang mit Timesharing erörtert werden sollen. Stellungnahmen können bis 1. August 2006 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/comm/consumers/cons\\_int/safe\\_shop/timeshare/consultation\\_paper010606\\_en.doc](http://ec.europa.eu/comm/consumers/cons_int/safe_shop/timeshare/consultation_paper010606_en.doc)

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **ÄNDERUNG DER HAUSHALTSORDNUNG**

Die Kommission hat am 18.05.2006 einen geänderten Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung EG Euratom Nr. 1605/2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt. Ziel dieser Vorschläge ist ein vereinfachter Zugang zu EU-Geldern. Gleichzeitig soll die Mittelverwaltung transparenter werden.

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0213de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0213de01.pdf)

### **ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 07.06.2006**

Der Ecofin-Rat nahm zustimmend die Empfehlung der Kommission zur Kenntnis Slowenien zum 01.01.2007 in den Euroraum aufzunehmen und unterstützte die Position, dass Litauen derzeit noch nicht alle Konvergenzkriterien erfülle. Er konnte keine Einigung bei dem Mehrwertsteuerpaket erzielen.

## **VORSCHLÄGE ZUR BEKÄMPFUNG DES STEUERBETRUGS**

Die Kommission hat am 31.05.2006 eine Mitteilung hinsichtlich der Notwendigkeit der Entwicklung einer koordinierten Strategie zur Verbesserung der Bekämpfung des Steuerbetrugs vorgelegt. Deren Ziel ist es, einen Gedankenaustausch zwischen allen betroffenen Parteien über eine europäische Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetruges anzuregen. Nach Schätzungen gehen durch Steuerbetrug ca. 2 % bis 2,5 % des BIP, d. h. 200 – 250 Mrd. € jährlich verloren. Die Ausfälle, bezogen auf die Mehrwertsteuer, dürften EU-weit auf ca. 10 % der Steuereinnahmen oder 60 Mrd. € ausmachen. Allein Deutschland dürfte dadurch Mindereinnahmen in Höhe von 17 Mrd. € aufweisen.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/resources/documents/taxation/vat/control\\_anti-fraud/combating\\_tax\\_fraud/COM\(2006\)254\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/control_anti-fraud/combating_tax_fraud/COM(2006)254_de.pdf)

## **BESCHRÄNKUNG DES ABZUGS VON VERLUSTEN AN AUSLÄNDISCHEN BETEILIGUNGEN**

In dem Vorabentscheidungsverfahren C-347/04 (Rewe Zentralfinanz eG) hat der Generalanwalt beantragt, festzustellen, dass es gegen Artikel 43 und 48 EGV (Niederlassungsfreiheit) sowie Artikel 56 EGV verstößt, wenn Verluste einer Muttergesellschaft aus den Wertabschreibungen auf die Beteiligungen an in anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Tochtergesellschaften nicht steuerlich ausgeglichen werden, während der Ausgleich solcher Verluste auf Wertabschreibungen auf die Beteiligungen an inländischen Tochtergesellschaften ohne Beschränkungen möglich ist.

[http://europa.eu.int/cj/de/content/juris/index\\_form.htm](http://europa.eu.int/cj/de/content/juris/index_form.htm)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

## **RAT ERZIELT POLITISCHE EINIGUNG ZUR DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE**

Am 29.05.2006 hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat nach langen Verhandlungen eine politische Einigung zur Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt auf der Grundlage des geänderten Vorschlags der Kommission vom 04.04.2006 erzielt. Die Bundesregierung trug maßgeblich dazu bei, dass ein ausgewogener Kompromiss erreicht und die von vielen befürchtete Spaltung zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten verhindert wurde. Zu den arbeits-, gesundheits-, und sozialpolitischen Punkten wird auf den Bericht unter TOP II des Geschäftsbereichs des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen verwiesen.

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIEßT RAHMENPROGRAMM FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND INNOVATION**

Das Europäische Parlament hat am 01.06.2006 einen zuvor mit dem Ministerrat ausgehandelten Kompromiss für das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation verabschiedet. Das Programm kann somit, wie vorgesehen, zum 01.01.2007 in Kraft treten. Das Programm möchte die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, von Ökoinnovation, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien fördern sowie den Prozess hin zu einer Informationsgesellschaft beschleunigen.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/ta.do;jsessionid=09BEF8CF9D70D9B1E68555749B9AE5F4.node2?language=DE>

## **KOMMISSION: HOCHRANGIGE GRUPPE EMPFIEHLT MAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT DER EUROPÄISCHEN ENERGIEWIRTSCHAFT**

Die hochrangige Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt hat am 02.06.2006 ihren ersten Bericht vorgelegt. Darin empfiehlt sie konkrete Maßnahmen zur Lösung dringender Probleme wie die Verbesserung und Umsetzung des europäischen Regelungsrahmens für Energie, kostengünstige Energieversorgung energieintensiver Industriezweige, Energieeffizienz, das Funktionieren und die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems.

[http://ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/hlg\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/environment/hlg/hlg_en.htm)

## **KOMMISSION ZIEHT ZWISCHENBILANZ ZU GALILEO**

Die Europäische Kommission hat am 07.06.2006 eine Mitteilung zum Stand des europäischen Satellitennavigationsprogramms GALILEO angenommen. Die Kommission kündigt darin u.a. an, Ende 2006 ein Grünbuch über die künftige Förderung der Nutzung der Satellitennavigation vorzulegen.

[http://ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/galileo/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/galileo/index_de.htm)

## **KOMMISSION STELLT DREI NEUE INITIATIVEN IM RAHMEN DER KOHÄSIONSPOLITIK VOR**

Die Europäische Kommission hat am 30.05.2006 zusammen mit der Europäischen Investitionsbank drei neue gemeinsame Initiativen im Rahmen der Kohäsionspolitik auf den Weg gebracht, die den Regionen mehr Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze bringen sollen. JASPERS (Joint Assistance in Supporting Projects in European Regions) bietet nationalen und regionalen Behörden Hilfe bei der Ausarbeitung großer Infrastrukturprojekte, JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises) einen besseren Zugang kleinster bis mittlerer Unternehmen zur Finanzierung, JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investments in City

Areas) soll durch eine Kombination von Zuschüssen und Darlehen Lösungen für die Finanzierung von Projekten zur Stadterneuerung und Entwicklung bieten.

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ONLINE-FRAGEBOGEN ZUR REVISION DER GEMEINSCHAFTSGESETZGEBUNG ZUM TRANSPORT GEFÄHRLICHER GÜTER AUF STRASSE UND SCHIENE**

Die Europäische Kommission hat am 02.06.2006 einen Online-Fragebogen zur gesetzlichen Regelung des Transports gefährlicher Güter auf Straße und Schiene veröffentlicht. Dieser kann bis zum 31.07.2007 eingereicht werden. Die derzeitige Regelung ist auf EU-Ebene auf vier verschiedene Richtlinien verteilt. Ziel der Befragung ist, eine Grundlage für die Konsolidierung und Zusammenführung der EU-Regelungen und die Einarbeitung der internationalen Regelungen zu bekommen.

[http://ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/security/consultations/2006\\_07\\_31\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/security/consultations/2006_07_31_en.htm)

### **KOMMISSION ORGANISIERT ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZU „SOLVENCY II“**

Die Europäische Kommission organisiert für den 21.06.2006 eine öffentliche Anhörung zu „Solvency II“ um allen Interessensvertretern die Möglichkeit zu geben, zu dieser grundlegenden Überarbeitung des EU-Versicherungsrechts Stellung zu nehmen. Die Kommission plant, hierzu in 2007 einen Richtlinienentwurf vorzulegen. Anmeldeformular und Programm sind unter folgender Adresse abrufbar:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/insurance/solvency2/hearing\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/solvency2/hearing_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

### **REFORM DES RECHTSRAHMENS FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE STAATSBEIHILFEN**

Die Kommission hat den Entwurf für einen neuen Rechtsrahmen für den Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Agrarsektor für die Jahre 2007 bis 2013 den Mitgliedstaaten zur Konsultation vorgelegt. Dieser neue Gemeinschaftsrahmen soll die bisherigen Regelungen (2000/C28/02) ablösen. Im Vergleich zu den bisherigen Regelungen sollen die Möglichkeiten für Staatsbeihilfen im Landwirtschaftssektor stark eingeschränkt werden. Die neuen Bestimmungen sollen nach einem Konsultationsprozess am 1. Januar 2007 in Kraft treten.



## **PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „GEOGRAPHISCHE HERKUNFTSANGABEN - PERSPEKTIVEN UND CHANCEN“**

StM Miller lud in die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Geographische Herkunftsangaben - Perspektiven und Chancen“ mit der Europäischen Kommission sowie Vertretern aus Österreich, Südtirol und der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft ein. Damit eröffnete der Staatsminister den Konsultationsprozess mit der Europäischen Kommission zur Reform der VO (EG) Nr. 510/2006 des Rates zum Schutz von geographischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel.

## **ZUKÜNFTIGE KAPPUNG DER DIREKTBEIHILFEN**

Kommissarin Fischer Boel erwägt, unter dem Stichwort „Gesundheitscheck“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahre 2008 eine Obergrenze für die Direktzahlungen vorzuschlagen. Diese Idee ist grundsätzlich nicht neu und wurde erstmals im Juli 2002 von dem damaligen Agrarkommissar Dr. Franz Fischler vorgelegt. Bei Umsetzung dieser Idee muss zunächst ein Konsultationsprozess mit den Mitgliedstaaten durchgeführt werden, bevor im Rahmen des Agrarrates ein Beschluss gefasst werden kann.

<http://ec.europa.eu/comm/agriculture/fin/pdf/annex1.pdf>

## **OBST- UND GEMÜSEMARKT**

Die Generaldirektion für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung startete am 22. Mai 2006 eine Öffentlichkeitsbefragung zum aktuellen Obst- und Gemüsemarkt. Die Konsultation läuft bis zum 13. Juli 2006. Das Ergebnis soll in die allgemeine Folgenabschätzung für eine Reform dieses Sektors einfließen. Die Kommission will ihren Reformvorschlag zum Obst- und Gemüsemarkt voraussichtlich im November 2006 veröffentlichen.

<http://ec.europa.eu/comm/agriculture/newsroom/en/233.htm>

## **ANHÖRUNG ZUM EU-AKTIONSPLAN FÜR DEN TIERSCHUTZ**

Im Europäischen Parlament in Brüssel fand eine öffentliche Anhörung zum Aktionsplan der Gemeinschaft für den Tierschutz 2006 bis 2010 statt.

Einigkeit bestand darüber, dass eine Harmonisierung im Sinne eines europäischen Tierschutzes anzustreben ist. Das Tierschutzniveau in der EU sei jetzt schon im internationalen Vergleich hoch, jedoch zur Steigerung der Akzeptanz von Nutztierhaltungen und tierischen Lebensmitteln weiter zu verbessern.

Siehe Bericht des StMUGV.

[http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004\\_2009/documents/com/com\\_com\(2006\)0013\\_/com\\_com\(2006\)0013\\_de.pdf](http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/com/com_com(2006)0013_/com_com(2006)0013_de.pdf)

### **RATS-KOMPROMISS ZUR DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE: SOZIALE DASEINSVORSORGE UND ARBEITSRECHT AUSGENOMMEN**

Am 29. Mai 2006 hat der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ politische Einigung zur Dienstleistungsrichtlinie erzielt. Das Arbeitsrecht, die Gesundheitsdienstleistungen sowie ein umfangreiches Paket sozialer Dienstleistungen bleiben vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen. Damit hat sich die Haltung des Bundesrates, maßgeblich geprägt durch die bayerische Haltung, in weitem Umfang durchgesetzt (siehe Bericht Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).

[http://www.eu2006.at/de/Meetings\\_Calendar/Dates/May/2905RatWettbewerb.html](http://www.eu2006.at/de/Meetings_Calendar/Dates/May/2905RatWettbewerb.html)

[Dok. 8413/06 \(Geänderter Vorschlag der KOM\)](#)

### **RAT: BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTER DER EU EINIGEN SICH AUF GENDER-INSTITUT UND PROGRAMM „PROGRESS“**

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz der EU (BSGV-Rat) hat am 1./2. Juni 2006 politische Einigung zu einigen Dossiers von mittlerer politischer Bedeutung erreicht. Neben politischem Einvernehmen zum EU-Institut für Gleichstellungsfragen und zu dem Strukturförderprogramm „PROGRESS“ konnte auch eine partielle allgemeine Ausrichtung zu zwei Änderungsvorhaben zur Wanderarbeitnehmer-Verordnung Nr. 883/2004 (früher: VO 1408/71) erzielt werden. Bei dem zentralen Thema des Treffens, nämlich der erhofften Einigung zur Arbeitszeit-Richtlinie, ging man allerdings ohne Konsens auseinander (siehe Beitrag Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st09/st09195.de06.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st09/st09584.de06.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st09/st09471.de06.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st09/st09633.de06.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st09/st09330.de06.pdf>

### **EP: GLEICHBEHANDLUNGSRECHT IM ARBEITSLEBEN WIRD KONSOLIDIERT („EU-RECAST-RICHTLINIE“)**

Das Europäische Parlament hat am 1. Juni 2006 in zweiter Lesung die Vereinfachung europäischer Vorschriften zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben beschlossen. Der Rat hat der Neufassungs-Richtlinie bereits zugestimmt. **MdEP Dr. Angelika Niebler**, die als **Berichterstatte**rin für diese Richtlinie über viele Monate mit den Mitgliedstaaten die Inhalte ausgehandelt hatte, **begrüßte** die neue Regelung ausdrücklich als „effektiven Beitrag zur Entbürokratisierung und zur besseren Rechtsetzung“.

## **MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT: KOMMISSION WILL INSTRUMENTE ZUR MESSUNG UND FÖRDERUNG ENTWICKELN**

Die EU-Kommission hat am 24. Mai 2006 eine Mitteilung mit dem Titel „Menschenwürde Arbeit für alle fördern“ verabschiedet. Die Kommission will damit Instrumente zur Messung und zur **Förderung menschenwürdiger Arbeit** entwickeln. Außerdem will sie die Auswirkungen des Handels auf die Schaffung solcher Arbeitsformen bewerten und die EU-Entwicklungspolitik stärker darauf ausrichten.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/news\\_de.cfm?id=158](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=158)

## **NEUE WEBSEITEN „EU-KRANKENVERSICHERUNGSKARTE“ UND „JAHR DER CHANCEGLEICHHEIT 2007“**

Die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der EU-Kommission hat am 1. Juni 2006 eine neue Webseite zur „**Europäischen Krankenversichertenkarte**“ ins Netz gestellt. Sie enthält zahlreiche nützliche Informationen sowie Links zur Weiterleitung an entsprechende Webseiten in den EU-Mitgliedstaaten. Die ebenfalls am gleichen Datum ins Netz gestellte Webseite zum „**Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle 2007**“ beinhaltet zugleich den Startschuss für die Aktivitäten im Jahr 2007, die vier Schwerpunktthemen haben werden: Rechte, gesellschaftliche Präsenz, Anerkennung und Respekt. Das Budget für die Aktivitäten während der 12 Monate beträgt 15 Mio. €

Jahr der Chancengleichheit 2007:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/equality2007/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/equality2007/index_de.htm)

EU-Krankenversichertenkarte:

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/healthcard/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/healthcard/index_de.htm)

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Unterricht und Kultus

## **BILDUNG: VERHANDLUNGSSTAND ZUR GESTALTUNG DES KÜNFTIGEN AKTIONSPROGRAMMS ZUM LEBENSLANGEN LERNEN (2007 – 2013)**

Die Europäische Kommission setzt in der Anpassung des künftigen Aktionsprogramms zum lebenslangen Lernen an die veränderte Budgetsituation (Kürzung der Mittel um fast 50 %) auf Kontinuität und hat sich in ihrem Geänderten Vorschlag weitgehend an die partielle Einigung des Rates vom November 2005 sowie an die Ergebnisse der Diskussion des letzten Bildungsministerrates am 19.05.2006 gehalten.

## **ERGEBNISSE DER TAGUNG DER GENERALDIREKTOREN FÜR DIE ALLGEMEINE BILDUNG AM 29./30.05.2006**

Die Europäische Kommission konnte sich im Rahmen der Tagung der Generaldirektoren für die allgemeine Bildung am 29./30.05.2006 mit ihrer Forderung, die Methode der offenen Koordinierung für den Bildungsbereich zu verschärfen und neue *benchmarks* zu beschließen, nicht durchsetzen.

## **JUGEND: GEÄNDERTER KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUR GESTALTUNG DES KÜNFTIGEN PROGRAMMS 'JUGEND IN AKTION' (2007 – 2013)**

Der Geänderte Kommissionsvorschlag zur Gestaltung des künftigen Programms ‚Jugend in Aktion‘ (2007 – 2013) sieht eine Kürzung des Gesamtbudgets von lediglich 30 Mio. € auf 885 Mio. € vor.

Geschäftsbereich      Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

## **FORSCHUNG: ERGEBNISSE DER TAGUNG DES RATES FÜR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AM 20.05.2006 IN BRÜSSEL**

Im forschungspolitischen Teil der Tagung wurde die Diskussion zum 7. Forschungsrahmenprogramm (7. FRP – 2007-2013) und zu den Beteiligungsregeln fortgeführt. Die für Forschung zuständigen Minister der Mitgliedstaaten billigten zu beiden mit geringfügigen Änderungen die allgemeinen Ausrichtungen auf der Grundlage der bisher jeweils erzielten partiellen politischen Einigung, allerdings zum 7. FRP nur den EG-Teil, da beim Euratom-Teil die notwendige Einstimmigkeit wegen fortbestehender Bedenken Österreichs nicht erzielt werden konnte.

## **INDUSTRIE-AUSSCHUSS STIMMT ÜBER DAS 7. EU-FORSCHUNGS-RAHMENPROGRAMM AB**

Am 30. Mai 2006 stimmte auch der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) mehrheitlich (36:7:2) für die europäische Forschungsförderung des 7. Forschungsrahmenprogramms (EG-Teil). Die Abstimmung im Plenum des EP ist nun für den 15.06.2006 vorgesehen. Sollten dann auch die Verhandlungen im Juli zwischen Rat und EP noch erfolgreich verlaufen, kann mit einem endgültigen Abschluss des Verfahrens im September 2006 gerechnet werden. Einem rechtzeitigen Beginn des 7. FRP zum 01.01.2007 sollten dann keine Hindernisse mehr entgegenstehen.

### **KOMMISSION STARTET 4,7 MIO. €KAMPAGNE ZUM KLIMAWANDEL**

Am 29. Mai hat Kommissionspräsident *Barroso* zusammen mit Umweltkommissar *Dimas* in Brüssel eine Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Klimawandel unter dem Motto „Du hast Einfluss auf den Klimawandel“ gestartet. Die Kommission will aufzeigen, wie jeder durch sein alltägliches Handeln einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten kann und gibt dafür 50 einfache Tipps, wie z. B. den Verzicht auf Stand-by-Betrieb bei Elektrogeräten.

[www.climatechange.eu.com](http://www.climatechange.eu.com)

### **MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ZUM ERHALT DER BIODIVERSITÄT**

Die Europäische Kommission hat am 22. Mai 2006 eine Mitteilung (KOM(2006) 216) zur Eindämmung des Verlusts der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 und darüber hinaus angenommen. Ziel ist, internationale Investitionen zum Erhalt der Vielfalt des Lebens und der Gesundheit der Ökosysteme zu erhöhen sowie eine Debatte über eine längerfristige Perspektive für die Biodiversität anzustoßen. Neue Rechtsvorschriften werden nicht empfohlen.

[http://ec.europa.eu/environment/nature\\_biodiversity/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/nature_biodiversity/index_en.htm)

### **ANHÖRUNG ZUM EU-AKTIONSPLAN FÜR DEN TIERSCHUTZ**

Am 30. Mai 2006 fand im Europäischen Parlament in Brüssel eine öffentliche Anhörung zum Aktionsplan der Gemeinschaft für den Tierschutz 2006 bis 2010 statt.

Einigkeit bestand darüber, dass eine Harmonisierung im Sinne eines europäischen Tierschutzes anzustreben ist. Das Tierschutzniveau in der EU sei jetzt schon im internationalen Vergleich hoch, jedoch zur Steigerung der Akzeptanz von Nutztierhaltungen und tierischen Lebensmitteln weiter zu verbessern. Einigkeit bestand darüber, dass eine Harmonisierung im Sinne eines europäischen Tierschutzes anzustreben ist. Das Tierschutzniveau in der EU sei jetzt schon im internationalen Vergleich hoch, jedoch zur Steigerung der Akzeptanz von Nutztierhaltungen und tierischen Lebensmitteln weiter zu verbessern.

[http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004\\_2009/documents/com/com\\_com\(2006\)0013\\_/com\\_com\(2006\)0013\\_de.pdf](http://www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/com/com_com(2006)0013_/com_com(2006)0013_de.pdf)

### **SITZUNG DES RATES FÜR BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ**

Am 1. und 2. Juni 2006 tagte der Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz in Luxemburg. Der Schwerpunkt für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz lag bei der Behandlung des geänderten Vorschlags der Richtlinie zur Arbeitszeitgestaltung, zu der es keine Einigung gab. Daneben wurden die Themen Frauengesundheit, Förderung einer gesunden Lebensweise und Vorbeugung gegen Typ-II-

Diabetes, EU-Notfallbevorratung antiviraler Arzneimittel, der Verordnungsvorschlag über Arzneimittel für neuartige Therapien sowie der Richtlinienvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über Medizinprodukte und der Richtlinienvorschlag über Lebensmittelzusatzstoffe behandelt.

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/lsa/89830.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/lsa/89830.pdf)

Geschäftsbereich      IuK- und Medienpolitik

### **AUDIOVISUELLE POLITIK - FILM ONLINE CHARTA VERABSCHIEDET**

Die am 23. Mai 2006 von Vertretern der Filmindustrie, Internet- und Telekommunikationsdiensteanbietern verabschiedete Film Online Charta empfiehlt Maßnahmen zur effizienteren online-Vermarktung europäischer Filme, verbunden mit Vorschlägen zur Bekämpfung von Raubkopien im Internet. Die Charta und die bei ihrer Umsetzung gewonnenen Erfahrungen sollen in der für Ende 2006 angekündigten Mitteilung der Kommission zu „Content online“ berücksichtigt werden, die eine kohärente europäische Politik zu online-Inhalten vorschlagen will.

Charta:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/672&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Content Online:

[http://ec.europa.eu/comm/avpolicy/other\\_actions/content\\_online/index\\_en.htm#filmonline](http://ec.europa.eu/comm/avpolicy/other_actions/content_online/index_en.htm#filmonline)

### **AUDIOVISUELLE POLITIK – POLITISCHE EINIGUNG DES RATES ZUR DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE**

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat erreichte am 29. Mai 2006 eine politische Einigung zur Dienstleistungsrichtlinie, die audiovisuelle Dienste, einschließlich Film, vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausklammert. Nähere Informationen zur politischen Einigung in diesem Europabericht - Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums.

### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – MITTEILUNG ZUR SICHERHEIT IM NETZ**

In einer allgemein gehaltenen Mitteilung schlägt die Kommission eine vergleichende Bewertung der nationalen Maßnahmen zur Netz- und Informationssicherheit, die Ermittlung bewährter Praktiken sowie Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsbewusstseins der Nutzer vor und beauftragt die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA), einen Datenerhebungsrahmen zu entwerfen, mit dessen Hilfe gemeinschaftsweit Sicherheitsvorfälle und Daten über das Vertrauen der Nutzer in das Netz ermittelt werden können.

Mitteilung:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/701&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/223&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – VORABINFORMATIONEN ZUR KOMMENDEN AUSSCHREIBUNG ECONTENTPLUS**

Die Kommission hat bereits jetzt die noch unter Vorbehalt stehenden Dokumente zum Arbeitsprogramm eContent Plus 2006 und zur neuen Ausschreibung veröffentlicht; die offizielle Ausschreibung wird für Juli 2006 angekündigt, Abgabefrist für Projektvorschläge wird voraussichtlich der 19. Oktober 2006 sein.

[http://europa.eu.int/information\\_society/activities/econtentplus/calls/proposals/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/activities/econtentplus/calls/proposals/index_en.htm)

### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – VORABINFORMATIONEN ZUR KOMMENDEN AUSSCHREIBUNG SAFER INTERNET PLUS**

Die Kommission hat bereits jetzt die noch unter Vorbehalt stehenden Dokumente zum Arbeitsprogramm Safer Internet Plus 2006 und zur neuen Ausschreibung veröffentlicht; die offizielle Ausschreibung wird für Juli 2006 angekündigt, Abgabefrist für Projektvorschläge wird voraussichtlich der 29. September 2006 sein.

[http://europa.eu.int/information\\_society/activities/sip/call/proposals/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/information_society/activities/sip/call/proposals/index_en.htm)

### **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – NEUE TASK FORCE ZUR FÖRDERUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER IKT-INDUSTRIE**

Die neue Task Force unter der Leitung der Generaldirektionen Unternehmen und Informationsgesellschaft soll Hindernisse identifizieren, die die Entwicklung der IKT blockieren, die Mitgliedstaaten auf diese Probleme aufmerksam machen und mögliche Gegenmaßnahmen der Politik empfehlen. Ihr gehören Unternehmen und Vertreter der Zivilgesellschaft, aber keine Vertreter öffentlicher Institutionen an.

<http://ec.europa.eu/enterprise/ict/taskforce.htm>

## **INFORMATIONSGESELLSCHAFT – NEUES ZUM INTERNATIONALEN ROAMING**

Um eine Regulierung der internationalen Roamingpreise durch eine EU-Verordnung zu vermeiden, haben sechs europäische Mobilfunkunternehmen ihre Preise gesenkt bzw. Preissenkungen angekündigt; allerdings gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Kommission von ihrem Vorhaben Abstand nehmen wird. Die Gruppe Europäischer Regulierungsstellen (ERG) hat sich im Unterschied zur Kommission dafür ausgesprochen, die Endkundenpreise nicht zu regulieren, sondern nur bei den Großhandelspreisen anzusetzen.

ERG-Stellungnahme vom 29. Mai 2006:

[http://www.erg.eu.int/whatsnew/index\\_en.htm](http://www.erg.eu.int/whatsnew/index_en.htm)

Bundesnetzagentur:

[http://www.bundesnetzagentur.de/enid/fca033c3386b1c64c20e71aed9437857.0/Regulierung\\_Telekommunikation/International\\_Roaming\\_2pc.html](http://www.bundesnetzagentur.de/enid/fca033c3386b1c64c20e71aed9437857.0/Regulierung_Telekommunikation/International_Roaming_2pc.html)